

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Finanziellen Aderlass unserer Heimat beenden - Ausgabengerechte Ausstattung der Kommunen sichern

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Mehrzahl der Kommunen im Land chronisch unterfinanziert und vielerorts der finanzielle Handlungsspielraum für kommunale Pflichtaufgaben erschöpft ist.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, einen höheren Anteil von Steuereinnahmen zu nutzen, um die aufgabengerechte Ausstattung der Gemeinden, Städte und Landkreise zu gewährleisten.
3. Die Landesregierung wird ferner aufgefordert, unverzüglich die Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern vorzuziehen und nicht erst zum 1. Januar 2018, sondern in dieser Legislaturperiode, in Kraft treten zu lassen.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Die Kommunen im Land stehen am Scheideweg. Viele finanziell arg gebeutelte Gemeinden können schon jetzt nicht mehr ihre Pflichtaufgaben erfüllen. Das vom Land geplante Vorhaben, für eine Änderung des Finanzausgleichs den realen Finanzbedarf der Kommunen zu ermitteln, muss unverzüglich abgeschlossen werden. Die strukturellen Defizite kommunaler Gebietskörperschaften erfordern eine schnellstmögliche Lösungsfindung und deren Umsetzung durch die Landesregierung.

In den 36 Gemeinden der vier Amtsbereiche rund um Stralsund hat beispielsweise nur eine einen ausgeglichenen Haushalt. Doch nicht nur in der Region Stralsund steht es schlecht um die kommunalen Finanzen. Während sich die Landesregierung an überschwänglichen Meldungen über Mehreinnahmen und Haushaltsüberschüssen ergötzt, gehen die Städte und Gemeinden am Stock. Im Landkreis Nordwestmecklenburg konstatierte der Bürgermeister der Gemeinde Carlow zu Beginn des Jahres, dass seine Gemeinde handlungsunfähig ist.

Die Nachbesserung der kommunalen Finanzausstattung durch den Nachtragshaushalt 2014/2015 aus dem Jahr 2014 ist längst überholt und hat das Problem lediglich verschoben. „Land und Kommunen können nur gemeinsam die Aufgaben für Bürgerinnen und Bürger bewältigen. SPD und CDU werden eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen gewährleisten“, heißt es in dem Koalitionsvertrag der Regierungsparteien. Gemessen daran steuern die Gemeinden auf eine wirtschaftliche Talfahrt hin, an deren Ende der finanzielle Todesstoß steht.